



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/96 - 25.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|--|-------|
| Schumacherbrief an Adenauer | S. 1 |
| "Wir zweifeln an der Aufrichtigkeit" Antwort Ollenbachers auf das letzte Kanzler-Interview | S. 4 |
| Entscheidungsvolle Gemeindewahlen in Italien | S. 9 |
| Der 20. Juli 1944 in katholischer Sicht | S. 11 |

Am 22. April hat der Vorsitzende der SPD,
Dr. Kurt Schumacher, im Namen der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion den folgenden Brief an den
Bundeskanzler gerichtet:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Obgleich das Verhalten der Bundesregierung und ihrer Parteien in der Bundestagsdebatte vom 3. April nicht dazu ermutigt, Ihnen nochmals brieflich Vorschläge für eine gemeinsame Stellungnahme von Regierung und Opposition in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu machen, möchte ich Ihnen im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion noch einmal darlegen, wie dringlich es ist, zum Notenwechsel zwischen den Regierungen der vier Besatzungsmächte konkrete deutsche Forderungen zur Geltung zu bringen. Das ist um so dringlicher, als man nicht weiß, ob sich in absehbarer Zeit noch eine Chance zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung bieten wird.

Von den Regierungen der Westmächte wird zur Zeit der Text einer Antwortnote auf die sowjetische Note vom 9. April beraten. Meines Erachtens ist es notwendig, den Regierungen der drei Westmächte als gemeinsamen deutschen Standpunkt vorzutragen, daß nichts unversucht bleiben darf, festzustellen, ob die Sowjetnote eine Möglichkeit bietet, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durchzuführen. Um dies festzustellen, sollten sobald wie möglich Viermächteverhandlungen stattfinden. Wenn sich dabei herausstellen sollte, daß auch nach den letzten Noten der Sowjetregierung nicht die Möglichkeit gegeben ist, durch eine Viermächteübereinkunft die Voraussetzung für freie Wahlen in den vier Zonen und Berlin zu gewährleisten, dann wäre doch auf jeden Fall klargestellt, daß die Bundesrepublik

keine Anstrengung gescheut hat, um eine sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands und Befriedung Europas auszunützen.

Es sollte den Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte gegenüber als deutscher Standpunkt zum Ausdruck gebracht werden, daß durch eine Fortsetzung der brieflichen Diskussion über Einzelpunkte des ursprünglichen Sowjetvorschlages vom 10. März nicht die notwendige Klärung herbeigeführt werden könnte. Die Situation würde dadurch lediglich kompliziert, indem den Kommunisten die Möglichkeit gegeben würde, weiter mit der Einheitsparole zu operieren und die Behauptung anzustellen, die Sowjetregierung sei zu Verhandlungen bereit gewesen, während die drei anderen Besatzungsmächte solche Verhandlungen abgelehnt hätten.

Die sowjetische Note vom 9. April bietet die Möglichkeit, in Viermächteverhandlungen zu ermitteln, ob jetzt eine Übereinkunft der vier Mächte über die Gewährleistung der Voraussetzungen für freie Wahlen in den vier Zonen und Berlin erzielt werden kann. Von deutscher Seite sollte der vom Bundestag am 6. Februar 1952 verabschiedete Vorschlag einer Wahlordnung als deutscher Beitrag vorgelegt werden. Für die zur Gewährleistung der gleichen Bedingungen in allen vier Zonen und Berlin erforderliche internationale Kontrolle sollten von deutscher Seite einige Alternativmöglichkeiten zur Diskussion gestellt werden. Solche Möglichkeiten wären:

- a) Die vier Mächte nehmen die guten Dienste der Vereinten Nationen (UN) zur internationalen Kontrolle der Wahlen in Anspruch.
- b) Die vier Mächte einigen sich auf eine aus neutralen Staaten zusammensetzende Kommission zur Durchführung der internationalen Kontrolle der Wahlen.
- c) Falls die vier Mächte selbst die Kontrolle ausüben wollen, kommt es darauf an zu gewährleisten, daß keine der vier Mächte eine deutsche Partei benachteiligen oder bevorzugen kann.

Es ließe sich denken, daß noch andere Alternativmöglichkeiten zu finden wären. Entscheidend ist nicht, welche Möglichkeiten der internationalen Kontrolle schließlich beschlossen werden, sondern daß nur solche Möglichkeiten annehmbar sind, die freie Wahlen unter gleichen Bedingungen in allen Teilen Deutschlands sicherstellen.

Die sowjetische Note vom 9. April bietet die Möglichkeit,

die Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen durch eine von den vier Besatzungsmächten zu bildende Kommission vornehmen zu lassen. In der Sache bedeutet dieser Vorschlag ein Zugeständnis gegenüber der bisher absolut ablehnenden Haltung der Sowjetzonenregierung zur Prüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen. Meines Erachtens sollte die Möglichkeit zu einer solchen Prüfung ausgenutzt werden. Es wäre doch zum Beispiel denkbar, eine Besichtigung der sowjetischen Strafanstalten zu verlangen, wenn diese Kommission erst einmal eingesetzt ist.

Mit diesen Vorschlägen sehe ich nicht alle Möglichkeiten zu einer positiven Ausnutzung der in der Sowjetnote vom 9. April enthaltenen Vorschläge erschöpft. Es kommt mir in dieser Stunde lediglich darauf an, zu betonen, in welcher Weise die Bundesrepublik auf diese Vorschläge reagieren und ihre Beantwortung durch die Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte zu beeinflussen suchen sollte. Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion stehen zu einer Beratung dieser Fragen zu Ihrer Verfügung.

Ich werde mir erlauben, von diesem Brief der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener
gez. Unterschrift

X X X

Auszug aus dem zweiten Brief von
Dr. Kurt Schumacher vom 24.4.1952
an Dr. Adenauer

"... Was die von Ihnen im letzten Absatz Ihres Briefes angeschnittenen Fragen betrifft, so ist der sozialdemokratische Standpunkt seit Jahren der Öffentlichkeit bekannt.

Wir sind aber der Meinung, daß man Verhandlungsziele nicht zu Vorbedingungen für das Zustandekommen von Verhandlungen machen sollte. Die Sozialdemokratie wünscht ein schnelles Zustandekommen der Vierer-Konferenz, damit als erster Schritt baldige freie Wahlen für ganz Deutschland stattfinden können.

Wir haben auf Ihren Wunsch die Veröffentlichung unseres Briefes auf den 28. April zurückgestellt. Die Sozialdemokratische Fraktion wird am nächsten Montag, den 28.4., eine Presse-Konferenz abhalten, auf der sie sich mit den in unserem Brief behandelten Fragen befassen wird ..."

+ + +

"Zweifel an der Aufrichtigkeit"

Sehr ernste Worte Ollenhauers zum letzten Adenauer-Interview

In einer Rundfunkrede im NWDR am Freitagabend, dem 25.4., setzte sich der 2. Vorsitzende der SPD Erich Ollenhauer, mit dem letzten Adenauer-Interview auseinander.

In London beraten zur Zeit die Vertreter der drei Westmächte über ihre Antwort auf die letzte Sowjetnote. Auch diesmal soll die Meinung der Deutschen Bundesregierung eingeholt werden. Aus diesem Grunde ist die Stellungnahme des Bundeskanzlers, die am Donnerstagabend durch den NWDR in Form eines Interviews verbreitet wurde, besonders beachtenswert. Das gilt auch für die Umstände, unter denen es verbreitet wurde. Am Mittwoch hat der Bundeskanzler die Sozialdemokratische Fraktion des Bundestages, mit Rücksicht auf die alliierten Besprechungen von einer Veröffentlichung ihres Briefes an den Bundeskanzler mit den sozialdemokratischen Vorschlägen für die Beantwortung der Sowjetnote abzusehen. Wir respektierten diesen Wunsch. Am nächsten Tag aber behandelt der Bundeskanzler den ganzen Fragenkomplex in aller Öffentlichkeit. Es kam ihm offensichtlich nur darauf an, die Sozialdemokratische Opposition nicht zuerst zu Wort kommen zu lassen.

Doch nun zur Sache selbst:

Soweit Herr Bundeskanzler sich in seinem Interview allgemein über seine Stellung zur deutschen Einheit äußert, ist es eine Verteidigung.

Die Erklärungen des Bundeskanzlers und die Beschlüsse der Regierungsmehrheit in der Bundestagsitzung vom 3. April haben mit Recht ernste Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner gestern wiederholten Erklärung aufkommen lassen, daß für ihn und seine Regierung die Wiederherstellung der deutschen Einheit das oberste politische Ziel der Bundesrepublik sei. Diese Zweifel sind auch nach der gestrigen Erklärung des Bundeskanzlers nicht beseitigt.

Heute geht es angesichts der internationalen Diskussion über die deutsche Einheit und über die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsorganisation nicht mehr um grundsätzliche Erklärungen, heute geht es um die Auseinandersetzung mit den Tatsachen.

Die erste Tatsache ist, daß unter den seit 1945 für Deutschland gegebenen Machtverhältnissen eine Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit auf friedlichem Wege nur möglich ist, wenn sich die vier Besatzungsmächte über diese Frage verständigen.

Die Bedeutung des von der Sowjetunion eingeleiteten Notenwechsels liegt darin, daß die Sowjetunion Viermächtebesprechungen angeregt hat und daß sie in ihrer zweiten Note vorgeschlagen hat, eine Viermächtekonferenz über die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung auf der Basis von freien Wahlen abzuhalten.

In dieser Lage ist es die erste Aufgabe der Bundesrepublik, jede Möglichkeit zu fördern, eine solche Viermächtekonferenz zustande zu bringen und alles zu unterlassen, was die Herstellung der deutschen Einheit erschweren oder für lange Zeit verhindern könnte.

Die Sozialdemokratische Partei hat in der Bundestagsdebatte vom 3. April gefordert, daß die Bundesregierung verpflichtet wird, nur solche internationale Verträge zu unterzeichnen, die es der Bundesregierung ermöglichen, jederzeit und von sich aus bei den vier Besatzungsmächten auf die Einleitung von Verhandlungen über die deutsche Einheit hinzuwirken. Dieser Antrag ist von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt worden. Die politische Bedeutung dieser Entscheidung ist, daß die Bundesregierung und ihre Mehrheit die Freiheit behalten wollen, die jetzt laufenden Vertragsverhandlungen über die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem ohne Rücksicht auf die Chancen einer Verständigung über die deutsche Einheit zum Abschluß zu bringen. Der Bundeskanzler hat sich erneut gestern zu dieser Politik bekannt und er hat wieder auseinandergesetzt, daß die Stärke des Westens eine unerläßliche Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion sei.

Während man auf der einen Seite die Vorschläge der Sowjetunion ablehnt, in denen von der Bildung einer deutschen Nationalarmee gesprochen wird, nimmt man gleichzeitig für sich das Recht in Anspruch, Westdeutschland noch vor dem Abschluß der gegenwärtigen internationalen Gespräche definitiv in die westliche Militärorganisation einzugliedern.

In der Betrachtung über die zweite Sowjetnote spielen auch wieder die Auseinandersetzungen mit den russischen Vorschlägen für eine zukünftige Friedensregelung eine große Rolle. So wird einfach behauptet, die russische Auffassung über die Oder-Neiße-Linie sei schon ein genügender Beweis dafür, daß es der Sowjetunion an gutem Willen fehle. Es wird auch wieder über die deutsche Neutralität gesprochen, obwohl dieser Begriff in den beiden russischen Noten überhaupt nicht erwähnt wird.

Diese Stellungnahme bedeutet praktisch die Verhinderung einer erfolgreichen Fortführung der internationalen Diskussion, und sie bringt das deutsche Volk in die Gefahr, daß vielleicht für lange Zeit die Möglichkeit zerschlagen wird, die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege zu erreichen.

Die Sozialdemokratische Partei betrachtet die neue sowjetische Initiative ohne Illusion. Wir kennen die Methoden der sowjetischen und der kommunistischen Politik in der von der Sowjetunion besetzten Zone und in den internationalen Auseinandersetzungen. Zwischen ihrem Totalitarismus und den Grundsätzen demokratischer Freiheiten gibt es keinen Kompromiß. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Frage der Oder-Neiße-Linie und zur Frage einer sogenannten Neutralisierung Deutschlands ist der deutschen Öffentlichkeit seit

langem und genügend bekannt. Sie wird weder durch die Tatsache der russischen Initiative, noch durch ihre Vorschläge verändert.

Hier und heute geht es um die praktische politische Frage, sobald als möglich und so eindeutig wie möglich festzustellen, ob die Sowjetunion jetzt bereit ist, ernsthaft über die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Basis zu verhandeln. Die erste und entscheidende Frage ist, ob die Sowjetunion bereit ist, freie Wahlen in allen vier Zonen und in Berlin unter internationaler Kontrolle zuzulassen. Nur auf diesem Wege kann eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Scheitern die Verhandlungen über diese erste Voraussetzung, dann sind alle weiteren Diskussionen vor allem auch über den Inhalt späterer Friedensverhandlungen nutzlos. Die Bundesrepublik muß daher darauf drängen, daß die Antwort der Westmächte auf die Sowjetnote auf diesen Punkt konzentriert wird.

Falsch wäre es auch, wenn man die Frage der Form der internationalen Kontrolle solcher Wahlen zu einem Kardinalpunkt der Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion machen würde. Internationale Kontrolle ist notwendig, aber sie kann in verschiedenen Formen effektiv ausgeübt werden und auch hier ist die Sache und nicht die Form entscheidend. Der Tatbestand ist im Grunde einfach und klar. Die deutsche Position kann nur sein, jetzt darauf zu drängen, in der ersten entscheidenden Frage, nämlich der freien Wahlen, eine Klärung herbeizuführen. Wenn trotzdem diese Klarheit in dem Interview des Bundeskanzlers fehlt, dann hängt sie zusammen mit der außenpolitischen Gesamtvorstellung des Bundeskanzlers. Sein vornehmstes Ziel ist in Wirklichkeit die schnellste Eingliederung Westdeutschlands in die jetzt bestehende westliche Machtkonstellation. Er will sie praktisch um jeden Preis und unter allen Umständen.

Ein klassisches Beispiel dafür ist die Behandlung der Saarfrage. In der letzten Bundestagsitzung hat der Bundeskanzler erklären müssen, daß seine bisherige Saarpolitik gescheitert ist. Das bedeutet praktisch die Festigung der französischen Position an der Saar, die immer mehr einer kalten Annektierung gleichkommt, und eine erhebliche, vielleicht nicht wieder aufzuholende Schwächung der deutschen Position bei Verhandlungen über die endgültige Regelung.

Der Bundeskanzler wird keine Konsequenz aus dieser Erfahrung ziehen. Er ist entschlossen, die Vertragsverhandlungen zu Ende zu bringen ohne vorher das Saarproblem zu klären. Es wird nicht um das Saargebiet gekämpft. Wie will man die deutsche Forderung in Bezug auf die Ostgrenze durchsetzen, wenn man sich im Westen mit kalten Annektionen abfindet?

Die Saarfrage ist ein Beweis dafür, daß es nicht nur den Gegensatz zur Sowjetunion gibt, sondern auch sehr schwere Interessengegensätze zwischen uns und den westlichen Alliierten. Wir haben z.B. in der letzten Zeit sehr bemerkenswerte Äußerungen angesehen von Publizisten gelesen, die erklären, daß es nicht im amerikanischen Interesse liege, jetzt zu einer Viermächtevereinbarung über die

Einheit Deutschlands zu kommen. Es komme vielmehr darauf an, die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem unter der jetzigen Regierung so schnell als möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Darüber hinaus gibt es genügend Anzeichen dafür, daß die Forcierung der augenblicklichen Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik weitgehend bestimmt wird durch Interessen in dem jetzt beginnenden Wahlkampf für die Neuwahl des amerikanischen Präsidenten. Es ist unmöglich, daß die deutsche Politik in einer so entscheidenden Lebensfrage wie die der deutschen Einheit bestimmt wird von der Überlegung, dem einen oder anderen Präsidentschaftskandidaten Wahlhilfe zu leisten.

Der Bundeskanzler behauptet zur Bekräftigung seines Standpunktes immer wieder die Identität der Interessen der deutschen und der westlichen Politik in der Frage der deutschen Einheit. Es kann auch ihm nicht verborgen geblieben sein, daß es unter den westlichen Verhandlungspartnern sehr starke und einflußreiche Kräfte gibt, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit durchaus nicht als ein wünschenswertes Ziel betrachten. Sie wollen vielmehr durch die jetzige Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche Vertragssystem die Herstellung der deutschen Einheit erschweren oder vielleicht überhaupt verhindern. Der Bundeskanzler hat keine Garantie dafür, daß solche Überlegungen in einem späteren Stadium nicht eine entscheidende Rolle spielen werden, wenn durch die definitive Eingliederung Westdeutschlands kaum zu korrigierende Tatsachen geschaffen worden sind.

Auch hier können wir uns auf eine Erfahrung berufen. In der Schuman-Plan-Debatte des Bundestags hat die Bundesregierung die Erklärung abgegeben, im Falle der Vereinigung Deutschlands werde die Sowjetzone automatisch in das Wirtschaftsgebiet der Montanunion einbezogen. Bei der abschließenden Beratung über den Schuman-Plan im Rat der französischen Republik hat demgegenüber der französische Außenminister die Erklärung abgegeben, daß es unter keinen Umständen eine automatische Einbeziehung der deutschen Sowjetzone in den Montanpakt geben könne. Eine solche Einbeziehung erfordere die Zustimmung der übrigen fünf Teilnehmer des Paktes.

Wer gibt uns angesichts dieser Auffassungen und Erfahrungen die Garantie, daß die jetzt vom Bundeskanzler verfolgte Außenpolitik tatsächlich zu den von ihm als selbstverständlich hingestellten Resultat führt, nämlich daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Westen die Herbeiführung der deutschen Einheit nicht hemme, sondern fördere?

Der Fehler der Außenpolitik des Bundeskanzlers liegt auch darin, daß sie sich völlig den Vorstellungen in den Kreisen der Westalliierten untergeordnet hat, die in der sogenannten Politik der Stärke das einzige Mittel zur Lösung des deutschen Einheitsproblems sieht. Das ist eine gefährliche Einseitigkeit der Vorstellung.

Für den Fall, daß die Einigung Deutschlands auf friedlichem Wege herbeigeführt werden kann, so wären wir nicht nur einem unserer wichtigsten nationalpolitischen Ziele ein erhebliches Stück näher gekommen, sondern die unmittelbare Folge wäre auch eine wesentliche internationale Entspannung. Sie hätte weitgehende Auswirkungen auf alle bisherigen Vorstellungen über Notwendigkeit und Umfang der militärischen Verteidigung der freien Welt. Der Versuch, zu einer Vierkonferenz zu kommen, liegt daher auch im Interesse der Erhaltung und der Sicherung des Friedens für alle Völker. Dieses Ziel allein rechtfertigt schon eine große und geduldige Anstrengung.

Unter diesen Gesichtspunkten sehen wir in der gegenwärtigen Haltung der Bundesregierung sowohl gegenüber dem Komplex der Viermächteverhandlungen wie auch in der Frage der überhasteten Verhandlungen mit dem Westen, eine ernste Gefahr. In der gegenwärtigen Situation kann es für eine deutsche Regierung nur eine Aufgabe geben, Sie muß jede mögliche Anstrengung machen, damit auf einer Viermächtekonferenz die Möglichkeiten von freien Wahlen in allen vier Zonen und Berlin unter internationaler Kontrolle untersucht werden. Bis dahin darf sie im internationalen Status der Bundesrepublik keine neuen Tatsachen schaffen. Nur eine solche Politik dient der Wiederherstellung der deutschen Einheit unseres Volkes und der Erhaltung und Stärkung des Friedens.

+ + +

Dreikampf in Rom

Von unserem römischen v. sch. - Korrespondenten

Wenn man von den bevorstehenden Gemeindewahlen in Süditalien spricht, so ist dieser Ausdruck nicht ganz korrekt. Es wird am 25. Mai auch in Südtirol, im Aosta-Tal, in solchen nördlichen Städten wie La Spezia und Ferrara und in Triest gewählt werden. Hier gewinnt der Ausgang sogar internationale Bedeutung. Am wichtigsten wird das Ergebnis der Wahlschlacht in der Hauptstadt Rom sein, die jetzt, noch bevor die Kandidatennamen und die Listenverbindungen endgültig offiziell feststehen, mit voller Wucht entbrannt ist.

Infolge ihrer erheblichen Verluste an die Rechtsparteien im Laufe der letzten Jahre dürften die Christlich-Demokraten bestenfalls ihren Stand vom Herbst 1946 als relativ stärkste Partei heute behaupten können, aber nicht einmal das ist sicher. Hinzu kommt noch, daß seither ein neues Wahlgesetz für die Gemeindewahlen besteht, das, anstelle des bisherigen reinen Proporz, nunmehr der stärksten Partei oder Parteiengruppierung, zweidrittel der Gemeinderatsitze gewährt. Dieses System hat sich im vorigen Jahre im allgemeinen glänzend zugunsten der Christlich-Demokraten und ihrer Bundesgenossen ausgewirkt. Diesmal aber könnte es gerade in Rom (und übrigens auch in Neapel und Palermo) zu peinlichen Überraschungen führen.

Dieses System ermöglicht - und sogar in den meisten Fällen erfordert - Listenverbindungen zwischen einigermaßen wesensverwandten Parteien. Die Monarchisten und Faschisten haben daher einen - besonders in Süditalien- gefährlichen Wahlblock gebildet. Die Kommunisten und Linkssozialisten haben nicht nur ihre alte Allianz erneuert, sondern an vielen Stellen darüber hinaus geschickte Tarnungsmanöver inszeniert. Vor allem in Rom: Dort ist es ihnen gelungen, den einstigen linksliberalen Ministerpräsidenten Francesco Sitti für ihre Zwecke einzuspannen. Dieser schon lange nicht mehr geistesfrische 80jährige Senator ist von unbändigem Haß gegen die Christlich-Demokraten und die anderen Parteien der demokratischen Mitte erfüllt, die seinen Ehrgeiz, nach dem Sturz des Faschismus und seiner Rückkehr aus dem Exil wieder eine führende Rolle zu spielen, nicht

erfüllen wollten. Durch Schmeicheleien und Versprechungen haben einige kommunistische und kryptokommunistische Berater ihr und einige andere gleichfalls ehrgeizige und verbitterte Persönlichkeiten zweiten und dritten Ranges aus dem bürgerlichen Lager überredet, eine "unabhängige" Liste aufzustellen, die mit waschechten Stalinisten und Nennisten auf paritätischer Grundlage zusammengesetzt werden soll.

Auch unter dieser falschen Flagge würden die Moskauanhänger aus eigener Kraft niemals die Christlich-Demokraten in Rom aus dem Sattel heben können, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß der Block der äußersten Rechten gerade hier - und übrigens noch mehr in Neapel - der Regierungspartei sehr erhebliche Wählermassen abspenstig machen werde. Es könnte daher geschehen, daß entweder die kommunistische Tarnungsliste oder sogar die monarcho-faschistische Allianz mit knapper relativer Mehrheit als erste durchs Ziel schießt und damit zwei-drittel der Mandate erobert.

Diese Möglichkeit wird schon seit Wochen besonders in kirchlichen Kreisen - einschließlich der allerhöchsten Stelle im Vatikan - mit großer Besorgnis erwogen. Deshalb wurde von dieser Seite auf die Christlich-Demokraten der stärkste Druck ausgeübt, damit sie sich mit den Monarcho-Faschisten verbünden. Dieser Zumutung hat Ministerpräsident de Gasperi erfolgreich Widerstand geleistet. Sowohl die Republikaner wie die Sozialdemokraten haben daraufhin ihre ursprünglichen Beschlüsse gegen eine Verbindung mit der Regierungspartei wieder umgestoßen. Darüber ist allerdings eine lokale Rebellion bei den Republikanern und auch bei den Sozialdemokraten ausgebrochen.

Der neue Parteiführer der Sozialdemokraten, Giuseppe Romita, der zunächst die radikalen Linksströmungen in der eigenen Partei gefördert hatte, als es darum ging, die von Saragat geführte rechte Hälfte an die Wand zu drücken, hat den selbstmörderischen Charakter einer Politik rechtzeitig erkannt, die nur den Kommunisten oder Neofaschisten zum Siege verhelfen könnte. Er hat den Rebellen, die unter Führung des Vorstandsmitgliedes Andreotti die Aufstellung einer selbständigen Liste in Rom ankündigen, mit Parteiaus-schluß gedroht. Dieser interne Parteikonflikt ist im Augenblick noch nicht entschieden.

"20. Juli - unmoralisch und verdammenswürdig"

Vertritt Pater Konrad wirklich den katholischen Standpunkt ?

-tt- Die Versuche des SRP-Trommlers Otto Ernst Remer, Generalmajor von Hitlers Gnaden, die Männer des 20. Juli und ihre Tat zu diffamieren, machen Schule. Im Mitteilungsblatt der deutschen Fallschirmjäger "Die grünen Teufel", April-Heft 1952, wird ein Artikel des Kapuzinerpaters Konrad Simonsen aus Madrid abgedruckt, der die katholische Moraltheologie mißbraucht, um die Idee des 20. Juli zu verdammen und zu schmähen. Pater Konrad ist ein gebürtiger Hamburger und lebt seit etwa 20 Jahren in Spanien. In den Jahren 1941 bis 1943 war er Feldgeistlicher und Dolmetscher im Hauptquartier der "Blauen Division" an der Ostfront. Mit deren ehemaligem Kommandeur, dem jetzigen spanischen Kriegsminister General Munos Grande, und mit dem spanischen Staatschef Generalissimus Franco verbindet ihn, so erklärt das Fallschirmjäger-Blatt, eine "aufrichtige Freundschaft".

Pater Konrad Simonsen, der von den "Grünen Teufeln" als "Kriegskamerad" in Anspruch genommen wird, "beleuchtet die Probleme des 20. Juli vom Standpunkt der katholischen Kirche". Nach einer längeren Darlegung der Situation des Jahres 1944 verbreitet er sich unter nachdrücklicher Berufung auf die katholische Moraltheologie ausführlich über die Begriffe der "rechtmäßigen" und der "unrechtmässigen" Tyrannis sowie über die Erlaubtheit oder Nichterlaubtheit des Tyrannenmordes. Wörtlich erklärt Pater Konrad:

"Es ist im Rahmen dieser kurzen Betrachtung züßig, darüber entscheiden zu wollen, ob das damalige deutsche Staatsoberhaupt (also Hitler) ein Tyrann war, und wenn, ob man es als "rechtmäßigen" oder "unrechtmäßigen" Tyrannen klassifizieren müßte, denn wir haben gesehen, daß seine Ermordung in keinem der Fälle nach der katholischen Moraltheologie erlaubt war. Erschwerend für die Schuld der Mordtäter ist ohne Zweifel, daß sie Offiziere waren, die durch einen Fahneid zur Treue dem Staatsoberhaupt (!) gegenüber verpflichtet waren. Wie allgemein zugegeben werden muß, hätte der geglückte Mordanschlag doch nur einen Bürgerkrieg heraufbeschworen, und vor allem das Ostneer in eine verzweifelte Lage gebracht, sowie die Evakuierung der Zivilbevölkerung der Ostprovinzen unmöglich gemacht. Das deutsche Ostneer wäre wahrscheinlich der Vernichtung preisgegeben worden, oder völlig in Gefangenschaft geraten.

re
- 10 -

Aber auch wenn das Attentat geglückt wäre, und nicht alle diese verheerenden Folgen gezeitigt hätte, sondern das Kriegsende und sogar einen Verständigungsfrieden herbeigeführt hätten, wäre die Ermordung des Staatsoberhauptes doch eine unmoralische und verdammungswürdige Tat gewesen. Niemandem ist es erlaubt, eine böse Tat zu begehen, damit aus ihr eine gute Folgeerscheinung hervorgehe. Das Recht zur Tötung eines Menschen steht nie der Privatperson, sondern nur, aus gewichtigen Gründen, der öffentlichen Autorität zu. Wenn sogar eine Staatsautorität, wie die Bundesrepublik selbst, auf dieses Recht verzichtet und die Todesstrafe abschafft, so ist das ein neuer Beweis, daß das Recht zur Tötung nie Privatpersonen zugestanden werden kann".

Um mit den letzten Sätzen zu beginnen: Es übersteigt die landläufigen Begriffe von Pharisäertum, wenn ein "aufrichtiger Freund" des Staatsoberhauptes eines Systems, in dem Einrichtungen an der Tagesordnung sind, sich auf die Abschaffung der Todesstrafe in der Bundesrepublik beruft, um damit seine Auslegung der katholischen Moraltheologie zu rechtfertigen. Diese doppelböckige Moral erlaubt es dem Pater Konrad aber auch, die sogar von ihm als durchaus möglich angenommene "gute Folgeerscheinung" des Kriegsendes bereits im Sommer 1944 und des Verständigungsfriedens als absolut geringwertig gegenüber der Tötung eines Tyrannen einzuschätzen und hinzustellen, dessen Weiterleben ja auch in den Augen des Paters Konrad gleichbedeutend war mit der Fortführung des Krieges und mit der totalen Kapitulation. Ein weiteres dreiviertel Jahr schrecklichen Krieges, der furchtbare Zusammenbruch und die entsetzlichen Nachkriegsjahre, die alle zusammengenommen noch einmal Millionen an Toten, Verwundeten, Verkrüppelten, Verhungerten, Vermißten und Vertriebenen gekostet haben - das alles wiegt in der moraltheologischen Waage des Paters Konrad nichts gegenüber der "bösen Tat", der Tötung Hitlers. Sie bedeutet - wäre sie gelungen - für den Kapuzinerpater Konrad Simonsen auch heute noch nichts anderes als eine "unmoralische und verdammungswürdige Tat", und seine katholische Moraltheologie hat für die Attentäter auch heute noch keine andere Wertung, als daß ihre Tat angesichts des Fahnenweises der Treue gegenüber dem Staatsoberhaupt (!) eine schwere Schuld "ist".

Es ist offensichtlich hoffnungslos, auf eine innere Umkehr von Menschen wie Otto Ernst Remer und Konrad Simonsen zu warten. Man wird sich mit dieser Erkenntnis abzufinden, aber auch ihr Rechnung zu tragen haben. Es erhebt sich aber die dringende Frage, ob Pater Konrads Auffassung tatsächlich auch der Standpunkt der katholischen Moraltheologie ist. Es erscheint notwendig, daß die berufenen Sprecher der katholischen Kirche diese entscheidende Frage klar beantworten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau